

Braunkohlentag 2023

Die deutsche Braunkohleindustrie treibt Transformation voran

Die deutsche Braunkohle will „nicht an der Seitenlinie der Energiewende stehen, sondern die zukünftige Entwicklung entscheidend mitgestalten,“ erklärte der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr. Philipp Nellessen, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln.

Die Braunkohleunternehmen stehen auch zukünftig vor großen Aufgaben, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Die Unternehmen müssen weiterhin den sicheren, verlässlichen und effizienten Betrieb der Tagebaue und Kraftwerke garantieren und außerdem, wie das vergangene Jahr eindrucksvoll zeigte, jederzeit dazu in der Lage sein, Lücken in der Stromversorgung zu schließen. Andererseits muss die Transformation der Unternehmen, der Regionen und der Energiewirtschaft im Rahmen des vorgeschriebenen Kohleausstiegs vorangetrieben werden. Diese Aufgaben münden in viele wichtige und gemeinsame Anliegen mit den Regionen, Kommunen, Bergbaubetroffenen, Geschäftspartnern sowie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der Braunkohlentag des DEBRIV dient gerade jetzt als wichtige Informationsquelle und als Forum für den Austausch zwischen den Revieren.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, so Nellessen, veränderte die globale Sicherheitsarchitektur und die Energiepolitik der EU und Deutschlands. Die Gasmangellage führte vorübergehend zu großen Unsicherheiten und zu deutlichen Preissteigerungen für Erdgas und in der Folge auch für Strom. Besonders am Strommarkt bestehen weiterhin Unsicherheiten sowohl für die Unternehmen der Energiewirtschaft als auch für deren Kunden, die Haushalte, Gewerbebetriebe und vor allem die energieintensive Industrie.

Die sichere und kostengerechte Versorgung mit Energie stand 2022 „ganz oben auf der Agenda“ und ist nach wie vor ein wichtiges Thema, erklärte Nellessen. Dass die heimische Braunkohle als einziger fossiler Energieträger in Deutschland, der nicht importiert werden muss, gefragt war, sei nur folgerichtig: „Wir waren da, als wir gebraucht wurden.“

Welchen Beitrag Braunkohlekraftwerke leisten können, um die Versorgung mit Strom zu sichern, zeigte sich eindrucksvoll im Herbst 2022, erinnerte Nellessen. Das Bundesministerium für Energie und Klima (BMWK) entschied, die Blöcke aus der dritten und vierten Tranche der Sicherheitsbereitschaft zu aktivieren. Auch die nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) Ende 2022 an sich vom Netz zu nehmenden Kraftwerksblöcke Neurath D und E im Rheinischen Revier liefen temporär weiter. Zusammen waren dies fast 3.100 Megawatt (MW) gesicherte Stromerzeugungsleistung.

Nellessen dankte ausdrücklich allen, die im vergangenen Jahr dafür sorgten, dass diese Kraftwerksblöcke zügig wieder ans Netz gehen konnten. Dieser außerordentliche Kraftakt wurde mit Einsatzbereitschaft, Know-how, Motivation und kollegialer Solidarität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Revieren gestemmt.



Dr. Philipp Nellessen, Vorstandsvorsitzender des DEBRIV.



Download DEBRIV-Pressemitteilung:
<https://braunkohle.de/braunkohleunternehmen-arbeiten-am-wandel/>

Braunkohlentag
2023

Politik

Kohleausstieg bleibt an wichtige Voraussetzungen geknüpft

Um Strukturbrüche in den Kohleregionen zu verhindern, gilt es, die Menschen in den Revieren in den Wandel einzubeziehen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die weiteren Projekte und Kooperationen der DEBRIV-Mitgliedsunternehmen werden die Reviere attraktiv für weitere Industrien und Gewerbe machen. Gleichzeitig unterstützen die Unternehmen mit ihren Initiativen die Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele. Der geplante und geordnete Ausstieg aus der Kohleverstromung ist in Deutschland, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellessen, mit den Klimaschutzzielen von Paris vereinbar. Problematisch bleibe hingegen die Preisentwicklung auf dem Energiemarkt. Trotz deutlicher Rückgänge gegenüber 2022 seien die Sorgen der deutschen Industrie sowie vieler Bürger berechtigt.

Verantwortlich für das anhaltend hohe Preisniveau sind ganz wesentlich die hohen staatlichen Abgaben auf Energie, insbesondere auf Elektrizität, und dazu zählt auch die CO₂-Abgabe, bemerkte Nellessen auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Eine weitere Ursache für hohe Strompreise ist, dass gesicherte Kraftwerksleistung in Deutschland deutlich reduziert wurde. „Wir laufen in eine Kraftwerkslücke hinein,“ betonte Nellessen. Die Nachfrage an Elektrizität werde entgegen früherer Prognosen nicht sinken. Die stärkere Stromnutzung in der Industrie und in anderen Bereichen könne nur gelingen, wenn ausreichende Erzeugungskapazitäten am Markt verfügbar sind und die Strompreise in Deutschland auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken.

Die amtierende Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Kohleverstromung in Deutschland „idealerweise schon 2030“ zu beenden. Dabei darf es jedoch keine Zweifel an der Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland geben, betonte Nellessen. Das wäre katastrophal für den Standort Deutschland. Die sichere Versorgung mit Energie ist eine Grundvoraussetzung für Deutschland als Industriegesellschaft. Deshalb müssen vor einem endgültigen Kohleausstieg nach Ansicht des DEBRIV eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Dazu zählen hinreichende Stromerzeugungskapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien, ausreichend moderne (wasserstofffähige) Gaskraftwerke, verlässlich verfügbare Mengen an verflüssigtem Erdgas (LNG), der realisierte Ausbau des Stromnetzes, massiv ausgebaute Stromspeicherkapazitäten, die Hebung großer Verbrauchsflexibilitäten sowie ein erfolgreicher Strukturwandel in den Regionen.

An der Schaffung dieser Voraussetzungen beteiligen sich die Unternehmen der deutschen Braunkohleindustrie mit wichtigen eigenen Beiträgern. Aus der Sicht der Unternehmen bleibt bedeutsam, dass die Bundesregierung für die Energieversorgung Verlässlichkeit schafft. Hinter den Energieerzeugungsanlagen stehen große Investitionen. Sie lassen sich nur stemmen, wenn die Unternehmen über eine ausreichende Zeit zuverlässig und ohne Rechtsrisiken planen können.

Industrie

Versorgungssicherheit ist von zentraler Bedeutung

Versorgungssicherheit ist ein Leit- und Dauerthema der Energieversorgung, sagte der Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Prof. Hubertus Bardt, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Sowohl die Definition des Begriffs wie auch das Bewusstsein für Versorgungssicherheit wandle sich aktuell. In der deutschen Industrie sind die Sorgen über Einschränkungen bei der Versorgung mit Energie stark gewachsen. Aktuell sehen mehr als 60 Prozent der Unternehmen Störungen der Energieversorgung als möglichen Grund für mittlere bis starke Produktionseinschränkungen. Ähnlich relevant sind die Sorgen über hohe Energiekosten. Lediglich der Fachkräftemangel wird von den Unternehmen als noch gravierenderes Problem angesehen.

„Es darf keine Zweifel
an der Sicherheit
der Stromversorgung
geben.“

DR. PHILIPP NELLESEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER



Download Rede Dr. Nellessen:
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2023/06/20230601_Rede_Dr-Nellessen_Braunkohlentag-2023.pdf

Andererseits sei die Frage, wie die Leistung für eine sichere Stromversorgung zukünftig gewährleistet wird, bisher eher ein Thema unter Experten, kritisierte Bardt. Hier müsste die Entwicklung nach jahrelangen Diskussionen eigentlich weiter sein. Im Zuge des Ukraine-Krieges werde die Frage der Versorgungssicherheit allerdings neu bewertet. Es gehe jetzt zunehmend um Leitungen und Speicher, sagte der Kölner Ökonom. In der Wirtschaft wachsen die Sorgen über die Mängel in der Infrastruktur im Allgemeinen und bei der Energieversorgung im Besonderen. Insgesamt sei das Vertrauen der Unternehmen in die sichere Energieversorgung zu angemessenen Preisen deutlich gesunken.

Bardt wies darauf hin, dass der Strombedarf in Deutschland nach allen Szenarien deutlich steigen werde. Bis 2045 sei mit einem Wachstum der Nachfrage nach Elektrizität um etwa 70 Prozent zu rechnen. Hauptursachen dieser Entwicklung werden nach Ansicht des IW die Wasserstoffherzeugung (+ 238 TWh), die Wärmeversorgung über Nah- und Fernwärmenetze (+ 114 TWh), der Verkehr (+ 108 TWh) sowie die Industrie (+ 80 TWh) sein. Damit erhöhe sich die Relevanz der sicheren Versorgung erheblich.

Bei den Erzeugungskapazitäten rechnet Bardt trotz Ausstieg aus Kohle und Kernkraft durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem Zubau von Gaskraftwerken nicht mit Problemen. „Das Problem ist die gesicherte Leistung,“ stellte Bardt klar. Bis 2030 rechnet das IW mit einem Rückgang der nutzbaren sicheren Leistung in der Stromerzeugung von derzeit 84 GW auf rund 70 GW. Im selben Zeitraum werde die Netzlast auf über 90 GW steigen. „Wie schließen wir diese Versorgungslücke?“ fragte der IW-Geschäftsführer. Die Antworten – Ausbau der Erneuerbaren und der Netze, neue Gaskraftwerke und höhere Importe – bezeichnete er als „traditionell“. Es blieben viele offene Fragen und Unklarheiten. Bardt geht davon aus, dass weitere Optionen realisiert werden müssen und nannte Maßnahmen auf der Nachfrageseite wie ein stärkeres Abregeln von Verbrauch und Leistung. Wenn künftig die Nachfrage an das Angebot angepasst werden müsse, stelle sich die Frage, ob diese Form der Versorgungssicherheit einem modernen Industriestaat angemessen sei. Bardt verwies auf die ablehnende Haltung der industriellen Verbraucher.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Karl-Heinz Stauten (RWE Power) die beträchtlichen technischen und organisatorischen Herausforderungen, damit Braunkohlekraftwerke aus der Sicherheitsbereitschaft wieder ans Netz gehen und einen essentiellen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten konnten. Die Maßnahmen hätten im Ergebnis etwa eine Million Haushalte mit Strom versorgt und beträchtliche Mengen an Erdgas eingespart. Die Anlagen sind weiter verfügbar und können bei Bedarf eingesetzt werden, betonte Stauten. Mit Blick auf die Versorgungslage im nächsten Winter erinnerte Oliver Stenzel (LEAG) an das geplante Auslaufen des Tagebaus Jämschwalde zum Jahresende 2023. Es sei wichtig, frühzeitig zu erfahren, ob das Kraftwerk Jämschwalde erneut gebraucht werde. Prof. Bardt bestätigte, dass große Herausforderungen sowohl auf der Anbieter- wie auf der Nachfrageseite bestehen. Abschaltbare Lasten bei industriellen Verbrauchern und Speicher müssten sich ergänzen. Stenzel mahnte schnelle Anreizsysteme für neue Gas-Wasserstoffkraftwerke an. Sebastian Exner (MIBRAG) erinnerte daran, dass die erheblichen Defizite bei der personellen Ausstattung der Behörden zügig beseitigt sowie deren Digitalisierung aktiv vorangetrieben werden müssten. Nur so ließen sich Verfahren zur Genehmigung und zum Bau neuer gesicherter Kraftwerksleistungen beschleunigen.

Rohstoffpolitik

Neue Herausforderungen und alte Fehler

„Kollektive strategische Fehlannahmen und energiepolitische Fehlentscheidungen in der Russland- und in der Energiepolitik bis 2022,“ konstatierte der Bonner Energie- und Rohstoffexperte Dr. Frank Umbach auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Innerhalb des Zieldreiecks von Sicherheit, Preiswürdigkeit und Umwelt habe Deutschland bereits früh damit begonnen, die Aspekte Umwelt und Klima zu betonen. Derzeit sei Deutschland das einzige Land auf der Welt, das gleichzeitig auf die Nutzung von Kohle und Kernkraft verzichtet. Anderen, so Umbach, sei dieser Weg zu riskant und zu teuer.



Prof. Hubertus Bardt, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.



Diskussion mit Prof. Hubertus Bardt (IW), Karl-Heinz Stauten (RWE Power), Patrick Nowicki (Moderator), Sebastian Exner (MIBRAG) und Oliver Stenzel (LEAG), v.r.



Download Vortrag Hubertus Bardt:
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2023/06/20230601_Vortrag_Prof-Bardt_Stromversorgungssicherheit_Braunkohlentag-2023.pdf



Dr. Frank Umbach, Universität Bonn.



Download Vortrag Frank Umbach
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2023/07/20230601_Vortrag_Dr-Umbach_Energie-und-Rohstoffversorgungssicherheit_Braunkohlentag-2023.pdf



Dr. Nicole Grünewald, Präsidentin der IHK Köln.

In der Klimapolitik bestehe für Deutschland wegen der hohen Pro-Kopf-Emissionen dringender Handlungszwang. International habe Deutschland jedoch keine Vorbild-Funktion beim Klimaschutz. Global nimmt die Bedeutung der fossilen Energieträger im Trend zwar ab und die Erneuerbaren bauen ihre Stellung aus. Doch die Corona-Pandemie habe, so Umbach, zu einer wieder stärkeren Kohlenutzung geführt. Viele Länder hatten hohe Kosten durch die Pandemie und wenig Geld für eine Energiewende übrig. Der Kohleeinsatz werde sich noch einige Jahre positiv entwickeln, meinte Umbach. Ein großes Problem bei der Transformation des globalen Energiesystems sei, so der Bonner Energieexperte, dass fast alle großen Energie- und Rohstoffexporteure keine nachhaltige Dekarbonisierungsstrategie haben. Das gelte ganz besonders für Russland.

Umbach forderte mehr Beachtung der geopolitischen Risiken. Die Ansicht, die deutsche Wirtschaft habe in den vergangenen Jahrzehnten überproportional von vermeintlich billigen Gaslieferungen aus Russland profitiert, bezeichnete Umbach als Mythos. Vielmehr habe Deutschland ohne spürbaren wirtschaftlichen Vorteil einen großen Verlust an Energieunabhängigkeit hinnehmen müssen. Jetzt müssten die Fehler durch den schnellen Aufbau einer LNG-Infrastruktur korrigiert werden. Kritik an möglichen LNG-Überkapazitäten wies Umbach zurück. Die geplante Kapazität der LNG-Anlagen in Deutschland erreiche mit 73 bis 100 Mrd. Kubikmeter zwar rechnerisch den gesamten Jahresverbrauch an Erdgas. Deutschland habe im Rahmen der europäischen Energiesolidarität jedoch die Pflicht, auch für die Versorgungssicherheit der Länder zu sorgen, denen der Bau von LNG-Anlandeanlagen nicht möglich ist.

In der anschließenden Diskussion sagte Dr. Nicole Grünewald, Präsidentin der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Köln, nach eigenen Studien und Untersuchungen wäre bereits der ursprünglich für Ende 2038 geplante Kohleausstieg ein ambitioniertes Ziel gewesen. Pandemie, Ukraine-Krieg, Gasmangellage und steigende Energiepreise haben die Versorgung mit sicherer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen deutlich schwieriger gemacht. „Wir sind in einer neuen Studie zu dem eindeutigen Ergebnis gelangt, dass der Kohleausstieg in NRW bis 2030 ohne Schaden für die Wirtschaft nicht möglich ist, und es nicht möglich ist, die Kohle in diesem kurzen Zeitraum vollständig zu ersetzen,“ erklärte Grünewald. Außerdem entstehe im Rheinischen Revier bei einem Kohleausstieg bis 2030 ein Defizit von rund 15.000 Arbeitsplätzen. Der regionale Strukturwandel müsse deshalb erheblich beschleunigt werden.

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellessen sieht die Sorgen der regionalen Wirtschaft nicht ernst genug genommen. Sie müssten gemeinsam adressiert werden. Ömer Kirli von der IGBCE Nordrhein verwies darauf, dass die Beschäftigten aufgrund des vorgezogenen Kohleausstiegs stark verunsichert seien. Zudem hätte die Braunkohle in der Gasmangellage zur Energiesicherheit beigetragen. In NRW gebe es, so Kirli weiter, zahlreiche bedeutende Wirtschaftsbereiche, die von wettbewerbsfähigen Strompreisen und sicherer Versorgung abhängig sind. Frank Umbach stellte fest, dass Deutschland seine hohe Abhängigkeit von Energieimporten und Rohstoffen mittlerweile verstanden habe. Problem sei die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik. So wäre die Nutzung heimischer Rohstoffe sogar positiv für den Klimaschutz, weil emissionsreiche Lieferketten entfielen. Doch fehle es an Akzeptanz gegenüber heimischen Rohstoffprojekten. „Auch bei Wasserstoff und erneuerbaren Energien werden die Importrisiken steigen,“ warnte der Bonner Energieexperte.

Umwelt

Kohleausstieg stellt hohe Anforderungen an den Wasserhaushalt

Kohleausstieg und Wasserwirtschaft bilden im Rheinischen Revier ein hochaktuelles, eng verbundenes und noch weit in die Zukunft reichendes Thema. Dieses erläuterte Dr. Bernd Bucher, Vorstandsvorsitzender des Ertfverbands auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Der Ende der 1950er Jahre auf sondergesetzlicher Grundlage gegründete Ertfverband

begann seine Tätigkeit mit dem Vordringen der Tagebaue in größere Tiefen. Heute steht er im Zentrum der wasserwirtschaftlichen Planungen und Entwicklungen im Rheinischen Revier. Aufgaben und Tätigkeit des Verbands umfassen die Sicherung der Trinkwasserversorgung, die Überwachung von Grundwasseränderungen, die Regulierung des Grundwasserstandes sowie die Abwasserbeseitigung und den Hochwasserschutz.

Im aktiven Braunkohlebergbau sorgen Sumpfungsb Brunnen dafür, die Tagebaue trocken zu halten. Die oberen Grundwasserstockwerke werden teilweise entleert, die unteren entspannt. Die Grundwasserabsenkungen reichen dabei weit über den jeweiligen Tagebau hinaus. Es bilden sich Absenkungstrichter und die Wasserversorgung sowie Gewässer werden beeinträchtigt. Feuchtgebiete verlieren den Grundwasserkontakt, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Seit den 1980er-Jahren wurden zunehmend Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt, um die Tagebaue und ihr Umfeld umweltfreundlicher zu gestalten und den Wasserhaushalt zu schonen, so Bucher. Der Tagebau Garzweiler im Rheinischen Revier sei ein Paradebeispiel dafür, einen Großteil des Sumpfungswassers wieder zu infiltrieren und die Umweltauswirkungen der Tagebautätigkeit dadurch möglichst gering zu halten.

Wenn RWE Ende 2030 im gesamten Rheinischen Revier die Braunkohleförderung beendet, entfallen, so Bucher, schlagartig auch die bisherigen Mengen an Sumpfungswasser. Das bedeutet die Umstellung der gesamten regionalen Wasserinfrastruktur und stellt eine der größten Zukunftsaufgaben für die Region dar.

Die Rheinwasserüberleitung ist zwingend

In den 1970er- und 1980er-Jahren wurde im Rheinischen Revier pro Jahr bis zu einer Milliarde Kubikmeter Wasser mehr entnommen als zugeführt. Im Verlaufe der 1980er-Jahre nahm die Entnahme deutlich ab. Viele Grundwasserleiter waren weitgehend entleert und Versickerungsmaßnahmen spielten eine wachsende Rolle. Das gesamte Grundwasserdefizit beträgt derzeit im Rheinischen Revier etwa 20 Milliarden Kubikmeter. Das ist deutlich mehr als in anderen Revieren und liegt vor allem an der Tiefe der Tagebaue. Einschließlich der für die Restseen benötigten 6,6 Mrd. Kubikmeter werden im Rheinischen Revier in den nächsten Jahrzehnten insgesamt 26,6 Milliarden Kubikmeter Wasser gebraucht. Schon seit den 1960er-Jahren ist klar, dass ein Großteil davon über den Rhein herangeleitet werden muss.

„Für uns ist die Rheinwasserüberleitung absolut zwingend. Man könnte sagen, die Rheinwasserleitung ist essentiell für den erfolgreichen Strukturwandel,“ erklärte Erftverband-Vorstand Bucher. Das Wasser werde nicht nur zur Füllung der Restseen benötigt, sondern auch für weitere Aufgaben: Infiltrationsanlagen müssen noch auf Jahrzehnte betrieben werden, um Feuchtgebiete zu versorgen. Viele kleinere Fließgewässer im Norden des Tagebaus Garzweiler benötigen eine zusätzliche Zufuhr von Wasser. Es wird Rohwasser für die Trinkwasserversorgung benötigt. Für die drei Restseen wird eine Fülldauer von etwa 40 Jahren angenommen, was mehrere Milliarden Kubikmeter Rheinwasser für die Tagebaue Hambach und Garzweiler sowie Wasser aus der aus der Nordeifel zufließenden Rur für den Tagebau Inden erfordert.

Erft-Renaturierung ist eine zentrale Aufgabe

Bisher hatte die das Rheinische Revier durchfließende Erft die Aufgabe, überschüssiges Sumpfungswasser abzuführen. Der Verlauf des Flusses wurde in der Vergangenheit mehrfach den Veränderungen der Tagebaue angepasst. Der natürliche Abfluss der Erft liegt bei knapp fünf Kubikmeter pro Sekunde. Durch die Einleitung der Sumpfungswässer beträgt die Wasserführung derzeit das Doppelte der normalen Wasserführung. Ab 2030 wird die Erft ohne Sumpfungswasser wieder deutlich weniger Wasser führen. Der Erftverband arbeitet bereits seit längerem am Zukunftsbild der Erft. Die Flussregion erfüllt eine wichtige Aufgabe im regionalen Landschaftsbild und muss attraktiv bleiben. Diese Aufgabe bis 2030, also innerhalb von sechs Jahren, zu bewältigen, werde kaum möglich sein, befürchtet der Verbandsvorstand. Die für die grundlegende Neugestaltung des Flussverlaufs benötigten zusätzlichen Flächen sind schwer zu bekommen, sagte Bucher. Planungs- und Genehmigungsfristen müssten deutlich verkürzt werden.



Dr. Bernd Bucher, Vorstand des Erftverbandes.



Download Vortrag Bernd Bucher:
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2023/06/20230601_Vortrag_Dr-Bucher_Wasserhaushalt.pdf



Dr. Katharina Kern, MIBRAG.

**„Unser erfolgreiches
Krisenmanagement im
vergangenen Jahr ändert
nichts am langfristigen
Kohleausstieg.“**

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

**„Die GigaWattFactory
wird sich zum größten
Cluster erneuerbarer
Energien in Deutschland
entwickeln.“**

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER

Dr. Katharina Kern (MIBRAG) ordnete in der anschließenden Diskussion die Aufgaben der Unternehmen bei der Wiederherstellung von beanspruchten Gewässern ein. Diese ergeben sich aus den bergrechtlichen Pflichten. So müssen die Unternehmen das Gewässerbett wieder aufbauen, Flüsse oder Seen befüllen oder beispielsweise auch Ein- und Auslaufbauwerke errichten. Wie das Gewässer im Anschluss genutzt würde, gehöre jedoch nicht zur Aufgabe der Unternehmen. Dr. Gero Vinzelberg (RWE Power) wies für das Rheinische Revier auf die komplexe Aufgabe hin, dass nunmehr drei Tagebaue parallel befüllt werden müssen. Auch für diese Aufgabe sei mehr Geschwindigkeit bei den Genehmigungsverfahren unerlässlich. Die Nutzung des Rheinwassers für die Befüllung der Restseen sowie für die Erfüllung weiterer wichtiger ökologischer Aufgaben stellt nach Meinung der Experten kein quantitatives Problem dar. Bucher unterstrich die Bedeutung des wiederhergestellten natürlichen Wasserhaushalts in der Region für den Strukturwandel. Für die umfangreichen Maßnahmen sei Planungssicherheit und Beschleunigung „das A und O“ und man hoffe auf mehr Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Unternehmen

Orientierung an langfristigen Zielen

Die erfolgreiche Bewältigung der Energiekrise mit Unterstützung der Braunkohle ändert nichts an den langfristigen Entwicklungen der Energie- und Klimapolitik. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland ist beschlossen. Der DEBRIV steht, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Dr. Philipp Nellesen, weiterhin hinter den Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Dabei gehen die deutschen Braunkohleunternehmen teilweise in individuellen Lösungen noch deutlich weiter. Dazu zählt nicht nur die Stilllegung von Tagebauen und Kraftwerken.

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Revieren

Bis 2030 sollen insgesamt knapp zehn Gigawatt (GW) erneuerbare Energieerzeugungskapazitäten sowie sechs Gigawatt wasserstofffähige Gaskraftwerke in den Kohlerevieren errichtet werden. RWE hat im Rheinischen Revier bereits über 200 MW Kapazität in Solar- und Windparks realisiert. Bis 2030 liegt das Ziel bei weiteren 500 MW. Dies soll möglichst auf aktuellen Betriebsflächen erfolgen, auch in der sogenannten Tagebauzwischenlandschaft. Hinzu kommen wasserstofffähige Gaskraftwerke an bestehenden Kraftwerksstandorten sowie Batteriespeicher, darunter ein 80 MW-Batteriespeicher in Neurath, sowie weitere Energieprojekte wie die Tiefengeothermienutzung in Weisweiler.

Die LEAG hat sich im Lausitzer Revier das Ziel gesetzt, bis 2030 sieben Gigawatt Stromerzeugungskapazitäten auf Grundlage erneuerbarer Energien zu errichten und bis 2040 das Ausbauziel von 14 GW zu erreichen. Diese „GigaWattFactory“ wird sich zum größten Cluster erneuerbarer Energien in Deutschland entwickeln und damit die Lausitz und Mitteldeutschland als Energieregionen erhalten und ausbauen. Neben Strom aus Sonne, Wind und wasserstofffähigen Gaskraftwerken sollen auch große Speichersysteme aufgebaut werden.

Das innovative Speicherkraftwerk Jänschwalde wird Versorgungssicherheit und den Ausbau der Erneuerbaren zusammenzuführen. Zentraler Bestandteil der Projektplanung ist eine moderne GuD-Anlage für den Einsatz von Erdgas sowie perspektivisch Wasserstoff in Kombination mit einem Wärmespeicher und einer Wasserstoff-Elektrolyse. Der Strom dafür soll aus Wind- und Photovoltaik-Projekten auf benachbarten Bergbaufolgefleichen stammen. Zudem werden weitere Batteriespeicher mit einer Leistung von bis zu 500 MWh geplant.

Auch die MIBRAG hat beschlossen, sich zu einem breit aufgestellten Energie- und Industriedienstleister in der Region zu entwickeln. Sie hat dazu das Projekt „Erneuerung MIBRAG im Revier“ (EMIR) gestartet. Konkret stehen zunächst zwei große Windparkanlagen auf bergbaueigenen und rekultivierten Flächen auf dem Programm. In einem weiteren

Schritt plant die MIBRAG, den gewonnenen Strom zur Produktion von grünem Wasserstoff einzusetzen.

Kohleausstieg verläuft planmäßig

Mit dem Vorziehen des Kohleausstiegs im Rheinland auf 2030 wird die Kohlemenge aus dem Tagebau Garzweiler um rund 280 Millionen Tonnen verringert und damit etwa halbiert.

Das KVBG sieht für das Lausitzer Revier weiterhin 2038 als spätestes Ausstiegsjahr vor, für das Mitteldeutsche Revier wegen der Kraftwerkslaufzeiten in Lippendorf de facto das Ende des Jahres 2035. Die Kohlegewinnung im Tagebau Jänschwalde (Lausitz) wird Ende 2023 planmäßig und kontrolliert dem Ende zugeführt. Anschließend wird die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft zügig fortschreiten. Anstelle des früher beabsichtigten größeren Restsees sollen nun drei kleinere Seen entstehen. Das Zielabweichungsverfahren dazu ist weitestgehend abgeschlossen.

Auch in Mitteldeutschland bestand 2022 die Herausforderung, kurzfristig eine höhere Kohlenachfrage bedienen zu müssen. Für die MIBRAG war dies besonders schwierig, da das Unternehmen Ende 2021 eine erhebliche Personalreduzierung vorgenommen hatte. Die genehmigten Lagerstättenvorräte der MIBRAG reichen bis zur geplanten Abschaltung der Kraftwerke Lippendorf und Schkopau Mitte der 2030er-Jahre. In den beiden Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain sind die mit hohen Investitionssummen verbundenen Wechsel in neue Abbaufelder innerhalb der Tagebaue weitgehend abgeschlossen. Beim Tagebau Vereinigtes Schleenhain hat die MIBRAG zugestimmt, den Ort Pödelwitz und das Abbaufeld Groitzscher Dreieck nicht mehr in Anspruch zu nehmen.

Die ROMONTA als weiteres in Mitteldeutschland ansässiges Braunkohleunternehmen gewinnt im Tagebau Amsdorf bei Halle etwa 500.000 Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr. Sie stellte 2022 daraus rund 14.000 Tonnen Rohmontanwachs her. Die weltweit einmaligen naturwachs-basierten Produkte der ROMONTA werden in der Bau- und Kunststoffindustrie weiter stark nachgefragt. Gleichzeitig entwickelt sich das Unternehmen zu einem Experten und Dienstleister für spezielle Anwendungen weiter. Die Geschäftsfelder werden weiter ausgebaut, damit auch in Zukunft die über 400 Arbeitsplätze am Industriestandort Amsdorf gesichert bleiben.

Rheinland

Erfolgreicher Strukturwandel wird sichtbar

Die Schaffung qualitätvoller Arbeitsplätze, der Erhalt regionalwirtschaftlicher Effekte, attraktive und vielfältig nutzbare Bergbaufolgelandschaften, neue Vernetzungs- und Identifikationspotentiale sowie eine hohe Lebensqualität sind die entscheidenden Kriterien für den erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier, erklärte Erik Schöddert (RWE Power AG) auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Die Rekultivierung im Süden und Westen des Rheinischen Reviers sei mit großen Industrieansiedlungen einhergegangen. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass die Flächenverfügbarkeit, Know how und Verantwortung für die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaften, Finanzkraft sowie Zusammenarbeit und ambitionierte Ziele Leitlinien für den laufenden Strukturwandel sein sollten, sagte Schöddert.

Besonders am Standort Weisweiler werde deutlich, wie wichtig ausreichende Flächen für gewerbliche Neuansiedlungen seien, erklärte Schöddert. Mehrere Unternehmen sind bisher am traditionellen Kraftwerksstandort angesiedelt worden. Bis 2025 sollen hier insgesamt 2.200 Arbeitsplätze neu entstehen. Im gesamten Rheinischen Revier konnte in den vergangenen 20 Jahren gemeinsam mit den Kommunen Platz für 10.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit neuen Industriearbeitsplätzen, so Schöddert, sollen auch für eigene Mitarbeiter Zukunftsperspektiven geschaffen werden.

Am Standort Hürth beweise die Monoverbrennungsanlage zur thermischen Verwertung biogener Rohstoffe mit eigenem Kraftwerk, die Errichtung von EE-Anlagen mit einer

„Die MIBRAG entwickelt sich zu einem breit aufgestellten Energie- und Industriedienstleister.“

DR. PHILIPP NELLESSEN,
DEBRIV-VORSTANDSVORSITZENDER



Erik Schöddert, RWE Power AG.



Meike Jungbluth,
Vorstandsvorsitzende Mine ReWIR e.V.

Leistung von 260 MW und der aktuelle PV-Park mit 15 MW inklusive Zwischenspeicher wie wichtig Know how und Finanzkraft für die Neugestaltung der Räume sind. Bis 2030 werde RWE die Nutzung erneuerbarer Energien auf 500 MW erhöhen und damit auch als wichtiger Kapitalgeber fungieren.

Die Rekultivierungsleistungen in den deutschen Kohlerevieren genießen weltweit hohes Ansehen. Hochwertige Rekultivierung sollte vielfältige Folgenutzungsmöglichkeiten eröffnen. Relativ neu ist, dass rekultivierte Flächen erneut der Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden und sogar Mehrfachnutzung möglich sind. Der Strukturwandel ermöglicht dabei auch andere Formen der Zusammenarbeit und regionalen Vernetzung. Diesem Zweck dienen im Rheinland mehrere Tagebaumfeldinitiativen sowie die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Im Rheinischen Revier entstehen, so Schöddert, ein neues regionales Selbstverständnis und eine moderne Landschaftsplanung.

Vielfältige Tagebau-Umfeldinitiativen

Boris Linden, Geschäftsführer der Neuland Hambach GmbH, berichtete im Rahmen der abschließenden Diskussion von der Zusammenarbeit sechs sehr unterschiedlicher Kommunen rund um den Tagebau Hambach. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Ziele bilde das rund 8.500 ha große Gebiet ein neues, großes Zusammengehörigkeitsgefühl aus. Der Hambach Loop, ein 42 Kilometer langer Rad- und Wanderweg, sei ein erster erfolgreicher Schritt zur Erschließung der Tagebaufolgelandschaft. Meike Jungbluth, Vorstandsvorsitzende von Mine ReWIR e.V., kündigte Initiativen und Projekte für die bisher als Bergbauzulieferer aktiven Unternehmen und Industrien an. Derzeit gebe es rund 400 Unternehmen mit traditioneller Bindung an den Bergbau und die Kraftwirtschaft im Rheinischen Revier. Diese Unternehmen benötigen Perspektiven und neue Aufgaben, sagte Jungbluth, vornehmlich im Rohstoffsektor. Manfred Maresch vom DGB bemängelte, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier noch nicht genügend Maßnahmen zur Schaffung neuer Industriearbeitsplätze aufweise. Das DGB-Projekt „Revierwende“ werde die Anliegen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stärker einbringen und sich für nachhaltige Industriearbeitsplätze einsetzen. Maresch verdeutlichte, dass Strukturwandel im Rheinischen Revier nicht nur Kohleausstieg bedeutet, sondern auch Transformationsprozesse, Digitalisierung, Dekarbonisierung und den demografischen Wandel umfasse.



Download Statistik-Flyer
https://braunkohle.de/wp-content/uploads/2023/04/DEBRIV_Statistikflyer-de_105x210mm_Wickelfalz_20230417.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber
DEBRIV - Bundesverband Braunkohle
Am Schillertheater 4 - 10625 Berlin
Dr. Thorsten Diercks
t + 49 30 315182-22

Internet: www.braunkohle.de

 DEBRIV@BDebriv

Redaktionsschluss: 03.06.2023
Druckauflage: 3.000 Exemplare

Information

Aktueller Statistik-Flyer des DEBRIV

Das Faltblatt „Braunkohle in Deutschland“ mit aktuellen Daten und Fakten zur Entwicklung der Braunkohleindustrie im Jahre 2022 liegt vor.

Der Flyer umfasst Grafiken und Tabellen zu Förderung, Primärenergieverbrauch und Stromerzeugung sowie zur inländischen Energiegewinnung. Dargestellt wird die Unternehmensstruktur der deutschen Braunkohleindustrie sowie die Leistung und Erzeugung der inländischen Braunkohlekraftwerke.

Neben den Beschäftigungseffekten der Braunkohle in Deutschland liefert der Flyer auch Informationen zu den Lagerstättenvorräten, den Veredlungsprodukten sowie den Kohlequalitäten. In „10 Fakten“ werden die wichtigsten Leistungen, Positionen und Aufgaben des Industriezweigs vorgestellt. Der Flyer ist zudem auch online unter www.braunkohle.de/media/daten-und-fakten als Webversion verfügbar.

